

Grundlagen bilden/Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: Juni/jún 2018 · www.roedl.de/slowakei | www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

> Eintragung des wirtschaftlichen Eigentümers ins Handelsregister

Wirtschaft aktuell

- > Neue Definition der abhängigen Personen im Rahmen der Verrechnungspreisregelung
- > Sozialfonds – Bildung, Verwendung, Besteuerung

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

> Zápis konečného užívateľa výhod do obchodného registra

Ekonomika

- > Nová definícia závislých osôb v transferovom oceňovaní
- > Sociálny fond – tvorba, použitie, zdaňovanie

Recht aktuell

- > Eintragung des wirtschaftlichen Eigentümers ins Handelsregister

Ján Urbánek

Rödl & Partner Bratislava

Gemäß dem Gesetz Nr. 297/2008 Ges. Slg. zum Schutz vor Legalisierung von Erträgen aus Straftaten und zum Schutz vor Terrorismusfinanzierung und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze (nachfolgend nur „Geldwäschegesetz“) gilt als **wirtschaftlicher Eigentümer** jede natürliche Person, die eine juristische Person, natürliche Person – Unternehmer oder Vermögensvereinigung tatsächlich beherrscht oder kontrolliert, sowie jede natürliche Person, zugunsten welcher diese Subjekte ihre Tätigkeit oder ihr Geschäft ausüben. Mit anderen Worten handelt es sich um jede natürliche Person, die einen gesetzlich festgelegten Anteil am Stammkapital, Gewinn oder an Stimmrechten bei diesem Subjekt hat bzw. die dieses Subjekt anders beherrscht.

Am 15. März 2018 trat das Gesetz Nr. 52/2018 Ges. Slg. in Kraft, durch welches das Geldwäschegesetz novelliert wurde. Hauptziel war die Transposition der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates 2015/849 vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche. Die Richtlinie erfordert ferner, dass die eingetragenen Gesellschaften und sonstige juristische Personen der Mitgliedstaaten präzise und aktuelle Angaben zu ihren wirtschaftlichen Eigentümern einholen müssen. Zugleich hat der Mitgliedstaat die Aufbewahrung dieser Informationen in einem seiner Zentralregister zu gewährleisten. Im Bereich der Feststellung des wirtschaftlichen Eigentümers kam es durch die Verabschiedung dieser Novelle zu wesentlichen Änderungen.

Im Zuge dieser Änderungen wurde auch das **Gesetz Nr. 530/2003 Ges. Slg. über das Handelsregister** und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze novelliert (nachfolgend nur „Handelsregistergesetz“). In den Wortlaut des § 2 wurde der neue Absatz 3 eingefügt, laut

dem: **ins Handelsregister bei der juristischen Person**, die weder Subjekt der öffentlichen Verwaltung noch Emittent von Wertpapieren, angenommen zum Handel auf dem regulierten Markt, der den Anforderungen an Veröffentlichung von Informationen laut einer Sondervorschrift, gleichwertiger Rechtsvorschrift eines EU-Mitgliedstaats oder gleichwertigen internationalen Normen unterliegt, ist, **auch Identifikationsangaben über den wirtschaftlichen Eigentümer in folgendem Umfang eingetragen werden:** Vor- und Nachname, Geburtsnummer oder Geburtsdatum, falls keine Geburtsnummer zugeteilt wurde, Adresse des Daueraufenthalts oder eines anderen Aufenthalts, Staatsangehörigkeit, Art und Nr. des Identitätsausweises und Angaben, die die Stellung des wirtschaftlichen Eigentümers nach einer Sondervorschrift begründen. Durch die Eintragung gemäß dem ersten Satz wird die Pflicht zur Vornahme der Eintragung des wirtschaftlichen Eigentümers des Partners des öffentlichen Sektors ins Register laut einer Sondervorschrift nicht ersetzt.“

In Bezug auf die ins Handelsregister neu einzutragende Angabe wurden auch die Regeln für die Stellung des Antrags auf Eintragung ins Handelsregister geändert. Die Bestimmung des § 5 Abs. 2 des Handelsregistergesetzes wurde somit wie folgt geändert: „Der Antrag auf Eintragung wird auf einem durch Sondervorschrift festgelegten Vordruck gestellt und ist durch Urkunden zu belegen, aus welchen sich Angaben ergeben, die ins Handelsregister eingetragen werden sollen, sowie durch Urkunden, aus denen sich die Tatsachen ergeben, die laut diesem Gesetz zu überprüfen sind. **Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer gemäß § 2 Abs. 3 werden auf einem durch Sondervorschrift festgelegten Vordruck angeführt und durch Urkunden laut dem ersten Satz nicht belegt.** Führt der Antragsteller im Antrag auf Ersteintragung mehrere Unternehmensgegenstände bzw. Tätigkeitsgegenstände an, nennt er an der ersten Stelle den Unternehmensgegenstand bzw. Tätigkeitsgegenstand, den er als Hauptgegenstand betrachtet.“

Die ins Handelsregister einzutragenden Angaben über den wirtschaftlichen Eigentümer werden nicht veröffentlicht. Sie werden nur den gesetzlich festgelegten Personen offengelegt, wie z.B. Dienst der Finanzpolizei des Polizeikorps, Finanzministerium der Slowakischen Republik, Slowakische Nationalbank, Nationale Sicherheitsbehörde, Gericht, Steuerverwalter und Staatsverwaltungsorgane im Bereich Steuern, Gebühren und Zollwesen, Behörden, die im Strafverfahren tätig sind, verpflichtete Person gemäß dem Gesetz Nr. 297/2008 Ges. Slg. Die Sonderabteilung des Dienstes der Finanzpolizei des Polizeikorps kann aufgrund eines begründeten Antrags Angaben über den wirtschaftlichen Eigentümer aus dem Register juristischer Personen der Person offenlegen, die legitimes Interesse nachweist.

Bei der Eintragung von juristischen Personen ins Handelsregister wird also eine weitere Angabe eingetragen, und zwar die Angabe über den wirtschaftlichen Eigentümer unter Bedingungen und im Sinne der Bestimmungen des Geldwäschegesetzes. Parallel werden somit beide Register – Handelsregister und Register der Partner des öffentli-

chen Sektors – bestehen, wobei in beiden die Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer erfasst werden. Daraus ergibt sich, dass die Eintragung ins Handelsregister die Pflicht zur Vornahme der Eintragung des wirtschaftlichen Eigentümers des Partners des öffentlichen Sektors ins Register gemäß dem Gesetz Nr. 315/2016 Ges. Slg. über das Register der Partner des öffentlichen Sektors und über die Änderung und Ergänzung einiger Gesetze nicht ersetzt.

Wie bereits angeführt wurde, ist die Novelle des Gesetzes seit dem 15. März 2018 wirksam, allerdings der Artikel VII betreffend die Eintragung von Angaben über den wirtschaftlichen Eigentümer bei juristischen Personen ins Handelsregister tritt erst am **1. November 2018 in Kraft.** Die ins Handelsregister eingetragenen juristischen Personen, Nicht-Investmentfonds, gemeinnützige Organisationen, die allgemeinnützige Dienstleistungen erbringen sowie Stiftungen, die **bis zum 31. Oktober 2018 entstanden sind, sind verpflichtet, den Antrag** auf Eintragung der Angaben zu wirtschaftlichen Eigentümern ins zuständige Register (Handelsregister, Nicht-Investmentfonds-Register, Register der gemeinnützigen Organisationen, die allgemeinnützige Dienstleistungen erbringen, Stiftungsregister) **spätestens bis zum 31. Dezember 2019 einzureichen.** Neugegründete Gesellschaften, die ins Handelsregister ab dem 1.11.2018 eingetragen werden, müssen den wirtschaftlichen Eigentümer bereits bei ihrer Entstehung, d.h. bei der Ersteintragung ins Handelsregister, eintragen.

Der Antrag auf Eintragung von Angaben über die wirtschaftlichen Eigentümer ins zuständige Register wird von der Entrichtung der Gerichts- und Verwaltungsgebühr befreit. Wird der wirtschaftliche Eigentümer ins Handelsregister nicht rechtzeitig eingetragen, droht der Gesellschaft die Auferlegung einer Geldbuße bis zu 3.310 Euro.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Urbánek

Rechtsanwalt (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner
Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: jan.urbanek@roedl.com

Wirtschaft aktuell

> Neue Definition der abhängigen Personen im Rahmen der Verrechnungspreisregelung

Von **Zuzana Vargová,**
Július Novák

Rödl & Partner Bratislava

Der Nationalrat der Slowakischen Republik hat am 7. Dezember 2017 die Novelle des Gesetzes Nr. 595/2003 Ges. Slg. über die Einkommensteuer in der Fassung späterer Vorschriften mit Gültigkeit ab dem 1. Januar 2018 verabschiedet. Es kommt zu einer wesentlichen Umschreibung der Definition der abhängigen Personen.

Arten der Verbindungen, die das Verhältnis von abhängigen Personen begründen

Während bis zum Ende des Jahres 2017 als abhängige Personen nur nahestehende, wirtschaftlich, personell oder anders verbundene Personen galten, werden ab dem Jahr 2018 auch **Personen oder Subjekte, die für die Zwecke der Konsolidierung Bestandteil eines Konsolidierungskreises sind**, abhängige Personen darstellen. Zu abhängigen Personen werden zugleich nicht nur natürliche oder juristische Personen als eindeutig identifizierbare Einheiten mit Rechtssubjektivität werden können, sondern zu abhängigen Personen werden auch sog. „**Subjekte**“ werden können. Damit hängt auch die Einführung des neuen Begriffs „**Subjekt**“ in die Abgrenzung der im Einkommensteuergesetz verwendeten Grundbegriffe zusammen. Im Sinne des Einkommensteuergesetzes wird unter Subjekt „**die rechtliche Regelung von Vermögensgegenständen oder rechtliche Regelung von Personen ohne Rechtssubjektivität oder eine andere rechtliche Regelung, die Vermögensgegenstände besitzt oder Vermögensgegenstände verwaltet**“ verstanden. Je nachdem, ob beide abhängige Personen vom Gesichtspunkt der Slowakischen Republik unbeschränkte Steuerpflichtige sind oder mindestens eine der abhängigen Personen ein beschränkt Steuerpflichtiger ist, unterscheiden wir:

- eine inländische abhängige Person, welche eine gegenseitig verbundene inländische natürliche Person, eine inländische juristische Person oder ein inländisches Subjekt mit einer inländischen natürlichen Person, einer inländischen juristischen Person oder einem inländischen Subjekt ist,
- eine ausländische abhängige Person, welche eine gegenseitig verbundene inländische natürliche Person, eine inländische juristische Person oder ein inländisches Subjekt mit einer ausländischen natürlichen Person, einer ausländischen juristischen Person oder einem ausländischen Subjekt ist. Unter einer ausländischen abhängigen Person wird auch das Verhältnis zwischen dem unbeschränkt Steuerpflichtigen und seinen Betrieb-

stätten im Ausland, das Verhältnis zwischen einem beschränkt Steuerpflichtigen und seiner Betriebsstätte auf dem Gebiet der Slowakischen Republik und das Verhältnis zwischen Betriebsstätten von Steuerpflichtigen, die gegenseitig verbunden sind und das gegenseitige Verhältnis zwischen diesen Betriebsstätten und diesen Steuerpflichtigen verstanden.

Nahestehende Personen

Das Einkommensteuergesetz beruft sich bei der Abgrenzung der nahestehenden Person auf das Gesetz Nr. 40/1964 Slg. Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung späterer Vorschriften. Der Begriff der nahestehenden Person wurde im Bürgerlichen Gesetzbuch jedoch nicht novelliert und aus diesem Grund wird ab dem Jahr 2018 auch die Existenz oder Nichtexistenz abhängiger Personen in der Verrechnungspreisregelung auf Grundlage des Verhältnisses von nahestehenden Personen nicht geändert. Im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches ist eine nahestehende Person „ein Verwandter in gerader Linie, ein Geschwister und ein Ehegatte“. Verwandte in gerader Linie sind alle direkten Vorfahren der gegebenen natürlichen Person und direkte Nachkommen der gegebenen natürlichen Person ohne Rücksicht auf die Anzahl der Geburten zwischen ihnen. Darüber hinaus können im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches nahestehende Personen auch andere Personen als nur Verwandte in gerader Linie, Geschwister und Ehegatten sein. „Andere Personen im Familien- oder in einem anderen Verhältnis gelten als gegenseitig nahestehende Personen, falls den Verlust, den eine Person davon erlitten hat, von der anderen Person begründet als der eigene Verlust empfunden würde“. In der Praxis können wir darunter das Verhältnis zwischen einem Lebenspartner und einer Lebenspartnerin, die zusammen in einem Haushalt leben, verstehen.

Wirtschaftliche und personelle Verbindung

Die wirtschaftliche und personelle Verbindung wurde ab dem Jahr 2018 von allen Tatsachen, die das Verhältnis der abhängigen Personen begründen, der wesentlichsten Veränderung unterzogen. Unter wirtschaftlicher oder personeller Verbindung wird ab dem Jahr 2018 das Folgende verstanden:

- die Beteiligung einer Person oder eines Subjektes am Vermögen, an der Kontrolle oder Leitung einer anderen Person oder eines Subjektes oder,
- das gegenseitige Verhältnis zwischen Personen oder Subjekten, die durch dieselbe Person, ihre nahestehende Person oder Subjekt kontrolliert oder geleitet werden oder,
- das gegenseitige Verhältnis zwischen Personen oder Subjekten, an welchen dieselbe Person, ihre nahestehende Person oder Subjekt einen direkten oder indirekten Vermögensanteil besitzt.

Alle Änderungen der Definition von abhängigen Personen werden die Erweiterung des Kreises der abhängigen Per-

sonen zur Folge haben und einen noch größeren Nachdruck auf die Beurteilung des Verhältnisses von zwei Personen oder Subjekten in Bezug darauf, ob diese als gegenseitig abhängige Personen gelten werden oder nicht, erfordern.

Kontakt für weitere Informationen



Zuzana Vargová

Wirtschaftsprüferin

Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: zuzana.vargova@roedl.com

> Sozialfonds – Bildung, Verwendung, Besteuerung

Von Ján Beleš

Rödl & Partner Bratislava

Den Sozialfonds hat jeder Arbeitgeber zu bilden, der mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt. Den Sozialfonds bilden Finanzmittel, die für die Realisierung der Sozialpolitik im Bereich der Arbeitnehmerfürsorge verwendet werden. Der Sozialfonds wird im Einklang mit den Regeln, die in einer internen Vorschrift der Gesellschaft festgelegt sind, oder im Falle des Bestehens einer Gewerkschaft im Einklang mit dem Kollektivvertrag gebildet und verwendet.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Sozialfonds auf einem separaten analytischen Konto oder einem separaten Bankkonto zu führen, die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Zuführung zum Sozialfonds zu bestimmen, den Sozialfonds mindestens in der Höhe der Pflichtzuführung, d.h. 0,6 % von der Grundlage zu bilden, die Mittel des Sozialfonds für die Verpflegung der Arbeitnehmer über den im § 152 des Arbeitsgesetzbuches festgelegten Rahmen hinaus, für den Transport zur Arbeit, für Erholung und Dienstleistungen zur Regenerierung der Arbeitskraft, für Gesundheitsfürsorge, für Sozialhilfe, bzw. für das Zusatzrentensparen zu verwenden.

Bildung des Sozialfonds

Den Sozialfonds müssen im Umfang und unter den Bedingungen des Sozialfondsgesetzes alle juristischen als auch natürlichen Personen mit ständigem Wohnsitz oder Unternehmensort auf dem Gebiet der Slowakischen Re-

publik, die einen oder mehrere Arbeitnehmer in Festanstellung beschäftigen, bilden. Die Pflicht zur Bildung des Sozialfonds bezieht sich weder auf abgeschlossene Vereinbarungen über Arbeiten, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses ausgeübt werden, noch auf Entlohnungen der Mitglieder von statutarischen Organen.

Der Sozialfonds wird gebildet:

- aus der Pflichtzuführung
- aus weiterer Zuführung
- aus weiteren Quellen

Die **Pflichtzuführung** wird in der Höhe von 0,6 % bis 1 % von der Bemessungsgrundlage gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes gebildet. Beim Arbeitgeber, dessen Tätigkeitsgegenstand auf die Gewinnerzielung ausgerichtet ist, muss der Sozialfonds ohne Rücksicht auf das erzielte Wirtschaftsergebnis in der Höhe von 0,6 % von der Bemessungsgrundlage gebildet werden.

Hat der Arbeitgeber für das vorherige Kalenderjahr einen Gewinn erzielt und hat er alle seine Steuerpflichten gegenüber dem Staat, der Gemeinde, der höheren Gebietskörperschaft und alle seine Abgabepflichten gegenüber den Krankenkassen und der Sozialversicherungsanstalt erfüllt, kann er im Folgejahr den Sozialfonds mit einer Zuführung bis zu 1 % von der Bemessungsgrundlage bilden. In diesem Falle handelt es sich um die Möglichkeit, keine Pflicht zur Erhöhung der Pflichtzuführung.

Arbeitgeber, deren Tätigkeit nicht auf die Gewinnerzielung ausgerichtet ist, bilden den Sozialfonds in der Höhe von 0,6 % von der Bemessungsgrundlage.

Die **weitere Zuführung** zum Sozialfonds kann höchstens 0,5 % von der Bemessungsgrundlage auf Grundlage des Kollektivvertrages, bzw. einer internen Vorschrift der Gesellschaft oder auf Grundlage des Betrages, notwendig zur Begleichung der Aufwendungen für den Transport der Arbeitnehmer zur Arbeit, betragen. Der Arbeitnehmer, dessen Einkommen 50 % des durchschnittlichen monatlichen Nominallohns eines Arbeitnehmers in der Wirtschaft der Slowakischen Republik, ermittelt durch das Statistikanat, nicht überschreitet, hat Anspruch auf einen Fahrtkostenbeitrag.

Weitere Quellen der Bildung des Sozialfonds können Spenden, Zuschüsse, Beiträge des Arbeitgebers aus dem verwendbaren Gewinn u. dgl. darstellen.

Verwendung des Sozialfonds

Die Mittel des Sozialfonds nutzt der Arbeitgeber im Rahmen der Realisierung seiner Sozialpolitik zu Gunsten der Arbeitnehmer für:

- > die Verpflegung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz über den im § 152 des Arbeitsgesetzbuches festgesetzten Rahmen hinaus. Die Höhe des Beitrags zur solchen Form der Verpflegung ist vom Gesichtspunkt des Arbeitnehmers nicht beschränkt. Ein solches Einkommen ist steuerfrei für den Arbeitnehmer.

Sollte der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer einen Finanzbeitrag zur Verpflegung eventuell auch aus dem Sozialfonds gewähren, stellt ein solcher Beitrag das Einkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit dar und unterliegt in vollem Umfang der Besteuerung.

Sollte der Arbeitgeber ebenfalls Firmenfeiern, Veranstaltungen organisieren sowie Verpflegung außerhalb des Arbeitsplatzes sicherstellen, stellt der Wert der den Arbeitnehmern gewährten Verpflegung ein steuerbares Einkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit dar.

- > den Transport zur Arbeit und zurück. Der Fahrtkostenbeitrag kann jedem Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Art des Transportes, die Höhe der Fahrtkosten und die Einkommenshöhe gewährt werden. Der Fahrtkostenbeitrag kann zugleich aus der Pflichtzuführung sowie aus weiterer Zuführung zum Sozialfonds ausgezahlt werden. Im Falle der Auszahlung des Beitrags aus der Pflichtzuführung besteht weder die Pflicht zum Nachweisen der Ausgaben, noch zur Erfüllung anderer Bedingungen. Den Anspruch auf den Beitrag aus weiterer Zuführung, gewährt gemäß § 7 Abs. 5 des Gesetzes (der durchschnittliche Monatsverdienst überschreitet nicht 50 % des durchschnittlichen monatlichen Nominallohnes in der Nationalwirtschaft der Slowakischen Republik) muss der Arbeitnehmer nachweisen und der Arbeitgeber muss eine Evidenz der gewährten Beiträge führen. Der Beitrag ist zu dem für die Lohnauszahlung bestimmten Termin nach dem Nachweisen des Anspruches auf den Beitrag fällig.

Die Fahrtkostenbeiträge für den Transport zur Arbeit und zurück stellen für den Arbeitnehmer ein steuerbares Einkommen ohne Rücksicht auf die Höhe des Beitrages und die Bedingungen, unter welchen diese gewährt wurden, dar und werden anzahlungsmäßig im Einklang mit § 35 des Einkommensteuergesetzes besteuert.

- > die Teilnahme an Kultur- und Sportveranstaltungen. Die Beiträge für die Teilnahme an Kultur- und Sportveranstaltungen stellen immer das steuerbare Einkommen des Arbeitnehmers dar und der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Einkommensteuer von diesen ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einen Geldbeitrag oder um einen Beitrag in Sachform handelt, abzuziehen.
- > die Erholung und Dienstleistungen, die die Arbeitnehmer zur Regeneration der Arbeitskraft nutzen. Gewährt der Arbeitgeber einen Finanzbeitrag für den Urlaub, handelt es sich in diesem Falle um einen Geldbezug, der ein steuerbares Einkommen darstellt und besteuert werden muss.

Sollte der Arbeitgeber jedoch ein Wochenendhaus, einen Sportplatz vermieten und diesen den Arbeitnehmern zur Erholung und Regeneration der Arbeitskraft zur Verfügung stellen und den Mietzins dabei aus dem Sozialfonds begleichen, handelt es sich um einen Sachbezug, der im

Einklang mit § 5 Abs. 7 Lit. d) des Einkommensteuergesetzes steuerfrei ist. Dies betrifft den Arbeitnehmer, seine Ehefrau/Ehemann und unterhaltsberechtigte Kinder. Im Falle eines Familienurlaubs, an welchem auch an andere Familienmitglieder teilnehmen, stellt ein solcher Sachbezug das steuerbare Einkommen des Arbeitnehmers dar.

- > die Gesundheitsfürsorge. Die Beiträge zur Erfüllung der Pflicht des Arbeitgebers im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit, gewährt in Form von Erholungsaufenthalten, Rehabilitationsaufenthalten, Konditionsrehabilitation und vorbeugender Gesundheitsfürsorge unter den Bedingungen, festgelegt durch Sondervorschriften, z. B. durch das Gesetz Nr. 124/2006 Ges. Slg. über die Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, sind steuerfrei. Falls der Arbeitgeber die Gesundheitsfürsorge der Arbeitnehmer freiwillig über den Rahmen der gesetzlichen Pflichten hinaus begleicht, stellt ein solches Einkommen das steuerbare Einkommen der Arbeitnehmer dar.
- > die Sozialhilfe und Darlehen. Den Beitrag kann der Arbeitgeber in Geld- oder Sachform bei unterschiedlichen schwierigen Lebenssituationen des Arbeitnehmers gewähren. Der Beitrag zur Sozialhilfe stellt ein steuerbares Einkommen dar, mit Ausnahme der Beiträge für die im § 5 Abs. 7 Lit. i des Einkommensteuergesetzes abgegrenzten Zwecke, die steuerfrei sind:
 - Todesfall einer nahestehenden Person
 - Beseitigung oder Milderung der Folgen von Elementarereignissen
 - zeitweilige Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers, deren durchlaufendes Bestehen den überwiegenden Teil des Veranlagungszeitraumes (183 Tage) überschreitet

Die Höhe des steuerfreien Beitrages kann insgesamt höchstens 2 000 Euro pro Veranlagungszeitraum betragen. Wurde der Beitrag in einer diese Höhe überschreitenden Summe gewährt, wird die die Höchstgrenze von 2 000 Euro überschreitende Summe das steuerbare Einkommen des Arbeitnehmers darstellen.

- > das Zusatzrentensparen mit Ausnahme des Beitrages, den der Arbeitgeber zu zahlen hat. Aus den Mitteln des Sozialfonds können nur Beiträge über den Rahmen der Pflichtbeiträge des Arbeitgebers hinaus beglichen werden. Der Beitrag des Arbeitgebers zum Zusatzrentensparen aus dem Sozialfonds stellt stets das steuerbare Einkommen des Arbeitnehmers dar und unterliegt der Besteuerung. Dieser Beitrag wird jedoch nicht in die Bemessungsgrundlage für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge einbezogen.
- > die weitere Realisierung der Sozialpolitik im Bereich der Arbeitnehmerfürsorge. Es kann sich hier um Beiträge für Vorschuleinrichtungen, für Weihnachtspäckchen u. dgl. handeln. Sollte sich

die Vorschuleinrichtung im Besitz der Gesellschaft befinden oder sollte die Gesellschaft diese für Kinder ihrer Arbeitnehmer angemietet haben, wird dieser Beitrag nicht in die steuerbare Grundlage einbezogen.

Kontakt für weitere Information



Ján Beleš
Buchhalter
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: jan.beles@roedl.com

Právo

> Zápis konečného užívateľa výhod do obchodného registra

Ján Urbánek

Rödl & Partner Bratislava

V zmysle zákona č. 297/2008 Z. z. o ochrane pred legalizáciou príjmov z trestnej činnosti a o ochrane pred financovaním terorizmu a o zmene a doplnení niektorých zákonov (ďalej len „zákon o legalizácii príjmov z trestnej činnosti“), **konečným užívateľom výhod** je každá fyzická osoba, ktorá skutočne ovláda alebo kontroluje právnickú osobu, fyzickú osobu – podnikateľa alebo združenie majetku a každá fyzická osoba, v prospech ktorej tieto subjekty vykonávajú svoju činnosť, alebo obchod. Inak povedané, je to každá fyzická osoba, ktorá má zákonom stanovený podiel na základnom imaní, zisku alebo hlasovacích právach u tohto subjektu, prípadne ktorá tento subjekt inak ovláda.

Dňa 15. marca 2018 nadobudol účinnosť zákon č. 52/2018 Z. z. ktorým došlo k novelizácii zákona o legalizácii príjmov z trestnej činnosti. Hlavným cieľom bola transpozícia smernice Európskeho parlamentu a Rady Európskej únie 2015/849 zo dňa 20. mája 2015, zmyslom ktorej je okrem iného zamedziť využívaniu finančného systému na pranie špinavých peňazí. Smernica ďalej vyžaduje, aby podnikateľské subjekty a iné právne subjekty členských štátov mali povinnosť získať a mať presné a aktuálne informácie o svojom konečnom užívateľovi výhod. Zároveň má členský štát zabezpečiť uchovávanie týchto informácií v niektorom z centrálnych registrov členského

štátu. V oblasti zisťovania konečného užívateľa výhod nastali schválením tejto novely zásadné zmeny.

V tejto súvislosti bol novelizovaný aj **zákon č. 530/2003 Z. z. o obchodnom registri** a o zmene a doplnení niektorých zákonov (ďalej len „zákon o obchodnom registri“). Do znenia § 2 bol pridaný nový odsek 3, podľa ktorého: **„do obchodného registra sa pri právnickej osobe, ktorá nie je subjektom verejnej správy, ani emitentom cenných papierov prijatých na obchodovanie na regulovanom trhu, ktorý podlieha požiadavkám na uverejňovanie informácií podľa osobitného predpisu, rovnocenného právneho predpisu členského štátu Európskej únie alebo rovnocenných medzinárodných noriem, zapisujú aj identifikačné údaje o konečnom užívateľovi výhod** v rozsahu meno, priezvisko, rodné číslo, alebo dátum narodenia, ak rodné číslo nebolo pridelené, adresa trvalého pobytu alebo iného pobytu, štátna príslušnosť a druh a číslo dokladu totožnosti a údaje, ktoré zakladajú postavenie konečného užívateľa výhod podľa osobitného predpisu. Zápis podľa prvej vety nenahrádza povinnosť vykonať zápis konečného užívateľa výhod partnera verejného sektora do registra podľa osobitného predpisu.“

Vzhľadom k novozapisovanému údaju do obchodného registra sa upravili aj pravidlá pre podanie návrhu na zápis do obchodného registra, čím sa znenie ustanovenia § 5 ods. 2 zákona o obchodnom registri zmenilo nasledovne: „Návrh na zápis sa podáva na tlačive ustanovenom osobitným predpisom a musí byť doložený listinami, z ktorých vyplývajú údaje, ktoré sa majú do obchodného registra zapísať a listinami, z ktorých vyplývajú skutočnosti, ktoré sa majú podľa tohto zákona preveriť. **Údaje o konečnom užívateľovi výhod podľa § 2 ods. 3 sa uvádzajú na tlačive ustanovenom osobitným predpisom a nedokladajú sa listinami podľa prvej vety.** Ak navrhovateľ uvádza v návrhu na prvý zápis viacero predmetov podnikania alebo činností, uvedie na prvom mieste ten predmet podnikania alebo tú činnosť, ktorú považuje za hlavnú.“

Údaje o konečnom užívateľovi výhod zapisované do obchodného registra sa nebudú zverejňovať. Poskytnú sa iba zákonom stanoveným osobám, ako napr. službe finančnej polície Policajného zboru, Ministerstvu financií Slovenskej republiky, Národnej banke Slovenska, Národnému bezpečnostnému úradu, súdu, správcom dane a orgánom štátnej správy v oblasti daní, poplatkov a colníctva, orgánom činným v trestnom konaní, povinnej osobe podľa zákona č. 297/2008 Z. z.. Osobitný útvar služby finančnej polície Policajného zboru môže poskytnúť údaje o konečnom užívateľovi výhod z registra právnických osôb osobe, ktorá preukáže legitímny záujem, na základe odôvodnenej žiadosti.

Pri zápise právnických osôb do obchodného registra sa teda bude zapisovať ďalší údaj a to údaj o konečnom užívateľovi výhod za podmienok a v zmysle ustanovení zákona o legalizácii príjmov z trestnej činnosti. Paralelne tak budú fungovať oba registre – obchodný register a RPVS, pričom oba budú evidovať údaje o konečnom užívateľovi výhod. Z toho vyplýva, že zápis do obchodného

registra nenahrádza povinnosť vykonať zápis konečného užívateľa výhod partnera verejného sektora do registra podľa zákona č. 315/2016 Z. z. o registri partnerov verejného sektora a o zmene a doplnení niektorých zákonov.

Ako už bolo uvedené, novela zákona je v účinnosti od 15. marca 2018, avšak čl. VII, ktorý sa týka zapisovania údajov o konečnom užívateľovi pri právnických osobách do obchodného registra, nadobudne účinnosť až **1. novembra 2018**. Právnické osoby zapísané do obchodného registra, neinvestičné fondy, neziskové organizácie poskytujúce všeobecne prospešné služby a nadácie, ktoré vznikli do 31. októbra 2018, majú povinnosť podať návrh na zápis údajov o konečných užívateľoch výhod do svojho príslušného registra (obchodný register, register neinvestičných fondov, register neziskových organizácií poskytujúcich všeobecne prospešné služby, register nadácií) najneskôr do 31. decembra 2019. Novozaložené firmy, ktoré budú do obchodného registra zapisované od 1.11.2018, musia konečného užívateľa výhod zapisovať už pri svojom vzniku, t.j. pri prvozápise do obchodného registra.

Návrh na zápis údajov o konečných užívateľoch do príslušného registra bude oslobodený od súdneho a správneho poplatku. V prípade, že konečný užívateľ výhod nebude do obchodného registra zapísaný včas, spoločnosti hrozí uloženie pokuty až do výšky 3 310 Euro.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Urbánek

Advokát (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: jan.urbanek@roedl.com

Ekonomika

> Nová definícia závislých osôb v transferovom oceňovaní

Zuzana Vargová,
Július Novák

Rödl & Partner Bratislava

NR SR dňa 7.12.2017 schválila novelu zákona č. 595/2003 Z. z. o dani z príjmov v znení neskorších predpisov s platnosťou od 1.1.2018. Dochádza k podstatnému prepracovaniu definície závislých osôb.

Druhy prepojení zakladajúce vzťah závislých osôb

Kým do konca roka 2017 sa za závislé osoby považovali len blízke osoby, ekonomicky, personálne alebo inak prepojené osoby, od roku 2018 budú závislými osobami aj osoby alebo subjekty, ktoré sú na účely konsolidácie súčasťou konsolidovaného celku. Zároveň sa závislými osobami nebudú môcť stať už len fyzické osoby alebo právnické osoby ako jednoznačne identifikovateľné entity s právnou subjektivitou, ale závislými osobami budú môcť byť aj tzv. „subjekty“. S tým súvisí aj zavedenie nového pojmu „subjekt“ do vymedzenia základných pojmov používaných v zákone o dani z príjmov. Podľa zákona o dani z príjmov sa subjektom rozumie „právne usporiadanie majetku alebo právne usporiadanie osôb, ktoré nemá právnú subjektivitu, alebo iné právne usporiadanie, ktoré vlastní majetok alebo spravuje majetok“. Podľa toho, či sú obe závislé osoby z pohľadu SR daňovníkom s neobmedzenou daňovou povinnosťou alebo aspoň jedna zo závislých osôb je daňovníkom s obmedzenou daňovou povinnosťou, rozlišujeme:

- tuzemskú závislú osobu, ktorou je vzájomne prepojená tuzemská fyzická osoba, tuzemská právnická osoba alebo tuzemský subjekt s tuzemskou fyzickou osobou, tuzemskou právnickou osobou alebo tuzemským subjektom,
- zahraničnú závislú osobu, ktorou je vzájomne prepojená tuzemská fyzická osoba, tuzemská právnická osoba alebo tuzemský subjekt so zahraničnou fyzickou osobou, zahraničnou právnickou osobou alebo zahraničným subjektom. Zahraničnou závislou osobou sa rozumie aj vzťah medzi daňovníkom s neobmedzenou daňovou povinnosťou a jeho stálymi prevádzkarňami v zahraničí, vzťah medzi daňovníkom s obmedzenou daňovou povinnosťou a jeho stálou prevádzkarňou na území SR a vzťah medzi stálymi prevádzkarňami daňovníkov, ktorí sú vzájomne prepojení a vzájomný vzťah medzi týmito stálymi prevádzkarňami a týmito daňovníkmi.

Blízke osoby

Zákon o dani z príjmov sa pri vymedzení blízkej osoby odvoláva na zákon č. 40/1964 Zb. Občiansky zákonník v znení neskorších predpisov. Pojem blízka osoba však v Občianskom zákonníku nebol novelizovaný a z tohto dôvodu sa od roku 2018 nemení ani existencia alebo neexistencia závislých osôb v transferovom oceňovaní na základe vzťahu blízkyh osôb. Podľa Občianskeho zákonníka je blízkou osobou „príbuzný v priamom rade, súrodeneц a manžel“. Príbuznými v priamom rade sú všetci priami predkovia danej fyzickej osoby a priami potomkovia danej FO bez ohľadu na počet zrodení medzi nimi. Okrem toho môžu byť podľa Občianskeho zákonníka blízkyhmi osobami aj iné osoby, než len príbuzní v priamom rade, súrodenci a manželia. „Iné osoby v pomere rodinnom alebo obdobnom sa pokladajú za osoby sebe navzájom blízke, ak by ujmu, ktorú utrpela jedna z nich, druhá dôvodne pocítovala ako vlastnú ujmu“. V praxi to môžeme chápať ako vzťah druh - družka, ktorí spolu žijú v jednej domácnosti.

Ekonomické a personálne prepojenie

Ekonomické a personálne prepojenie sa od roku 2018 spomedzi všetkých skutočností zakladajúcich vzťah závislých osôb zmenilo najzásadnejším spôsobom. Ekonomickým alebo personálnym prepojením je od roku 2018:

- účasť osoby alebo subjektu na majetku, kontrole alebo vedení inej osoby alebo subjektu alebo,
- vzájomný vzťah medzi osobami alebo subjektmi, ktoré sú pod kontrolou alebo vedením tej istej osoby, jej blízkej osoby alebo subjektu alebo,
- vzájomný vzťah medzi osobami alebo subjektmi, v ktorých má tá istá osoba, jej blízka osoba alebo subjekt priamy majetkový podiel alebo nepriamy majetkový podiel.

Všetky zmeny definície závislých osôb budú mať za následok rozšírenie okruhu závislých osôb a budú si vyžadovať ešte väčší dôraz na posudzovanie vzťahu dvoch osôb alebo subjektov v tom, či sa budú alebo nebudú pokladať za navzájom závislé osoby.

Kontakt pre ďalšie informácie



Zuzana Vargová
audítorka
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: zuzana.vargova@roedl.com

> Sociálny fond – tvorba, použitie, zdaňovanie

Ján Beleš

Rödl & Partner Bratislava

Sociálny fond je povinný tvoriť každý zamestnávateľ, ktorý zamestnáva aspoň jedného zamestnanca. Sociálny fond tvoria finančné prostriedky, ktoré sa používajú na realizáciu sociálnej politiky v oblasti starostlivosti o zamestnancov. Sociálny fond sa tvorí a používa v súlade s pravidlami, ktoré sú upravené vo vnútornom predpise spoločnosti, alebo v súlade s kolektívnou zmluvou tam, kde pôsobí odborová organizácia.

Povinnosťou zamestnávateľa je viesť sociálny fond na osobitnom analytickom účte, alebo osobitnom bankovom účte, určiť základ pre výpočet prídeltu do sociálneho fondu, tvoriť sociálny fond minimálne vo výške povinného prídeltu t.j. 0,6 % zo základu, použiť prostriedky sociálneho fondu na stravovanie zamestnancov nad rámec ustanovený § 152 Zákonníka práce, na dopravu do zamestnania, na rekreácie a služby na regeneráciu pracovnej sily, na zdravotnú starostlivosť, na sociálnu výpomoc, prípadne na doplnkové dôchodkové poistenie.

Tvorba sociálneho fondu

Sociálny fond sú povinné tvoriť v rozsahu a za podmienok zákona o sociálnom fonde všetky právnické osoby, ako aj fyzické osoby s miestom trvalého pobytu a miestom podnikania na území SR, ktoré zamestnávajú zamestnanca, alebo zamestnancov v trvalom pracovnom pomere. Povinnosť tvorby sociálneho fondu na nevzťahuje na uzatvárané dohody o prácach vykonávaných mimo pracovného pomere, ani na odmeny členov štatutárnych orgánov.

Sociálny fond sa tvorí:

- z povinného prídeltu
- z ďalšieho prídeltu
- z ďalších zdrojov

Povinný prídelt sa tvorí vo výške 0,6 % až 1 % zo základu podľa § 4 ods. 1 zákona. U zamestnávateľa, ktorého predmet činnosti je zameraný na dosiahnutie zisku, je povinná tvorba sociálneho fondu bez ohľadu na dosiahnutý hospodársky výsledok vo výške 0,6 % zo základu.

Ak zamestnávateľ dosiahol za predchádzajúci kalendárny rok zisk a splnil všetky svoje daňové povinnosti k štátu, obci, vyššiemu územnému celku, splnil svoje odvodové povinnosti voči zdravotnej a sociálnej poisťovni, môže v nasledujúcom roku tvoriť sociálny fond s prídeltom až 1 % zo základu. V tomto prípade ide o možnosť, nie o povinnosť zvýšenia povinného prídeltu.

Zamestnávateľa, ktorých činnosť nie je zameraná na dosiahnutie zisku, tvoria sociálny fond vo výške 0,6 % zo základu.

Ďalší prídelt do sociálneho fondu môže byť najviac vo výške 0,5 % zo základu na základe kolektívnej zmluvy, prípadne vnútorného predpisu spoločnosti, alebo na základe sumy potrebnej na úhradu výdavkov na dopravu do zamestnania pre zamestnancov. Zamestnanec, ktorého príjem nepresahuje 50 % priemernej nominálnej mesačnej mzdy zamestnanca v hospodárstve SR zistenej štatistickým úradom, má nárok na príspevok na dopravu do zamestnania.

Ďalšie zdroje tvorby sociálneho fondu môžu tvoriť dary, dotácie, príspevky zamestnávateľa z použiteľného zisku a pod.

Použitie sociálneho fondu

Prostriedky sociálneho fondu zamestnávateľ použije v rámci realizácie svojej sociálnej politiky v prospech zamestnancov na:

- > stravovanie zamestnancov na pracovisku nad rámec ustanovený § 152 Zákonníka práce. Výška príspevku na túto formu stravovania z hľadiska zamestnanca nie je limitovaná. Takýto príjem je pre zamestnanca od dane oslobodený.

Ak by zamestnávateľ poskytoval zamestnancovi finančný príspevok na stravovanie, prípadne aj zo sociálneho fondu, takýto príspevok je príjmom zo závislej činnosti a v plnom rozsahu podlieha zdaneniu.

Taktiež ak zamestnávateľ organizuje firemné oslavy, akcie a zabezpečuje aj občerstvenie mimo pracoviska, hodnota občerstvenia poskytnutá zamestnancom je zdaniteľným príjmom zo závislej činnosti.

- > dopravu do zamestnania a späť. Príspevok na dopravu možno poskytnúť každému

zamestnancovi bez ohľadu na spôsob dopravy, výšku cestovného a výšku príjmu zamestnanca. Príspevky na dopravu môžu byť vyplácané súčasne z povinného prídeltu, ako aj z ďalšieho prídeltu do sociálneho fondu. Pri príspevku z povinného prídeltu nie je povinnosť preukazovania výdavkov ani splnenie iných podmienok. Nárok na príspevok z ďalšieho prídeltu poskytnutého podľa § 7 ods. 5 zákona (priemerný mesačný zárobok neprekračuje 50 % priemernej mesačnej nominálnej mzdy v nár. hospodárstve SR) je zamestnanec povinný preukázať a zamestnávateľ viesť evidenciu o poskytnutých príspevkoch. Príspevok je splatný v termíne určenom na výplatu mzdy po preukázaní nároku na príspevok.

Príspevky na dopravu do zamestnania a späť sú u zamestnanca zdaniteľným príjmom bez ohľadu na výšku príspevku a podmienok, za akých boli poskytnuté a zdaňujú sa preddavkovo v súlade s § 35 zákona o dani z príjmov.

- > účasť na kultúrnych a športových podujatiach. Príspevky na účasť na kultúrnych a športových podujatiach sú vždy zdaniteľným príjmom zamestnanca a zamestnávateľ je povinný z nich zraziť daň z príjmov bez ohľadu na to, či ide o peňažný príspevok, alebo príspevok v nepeňažnej forme.
- > rekreácie a služby, ktoré zamestnanci využívajú na regeneráciu pracovnej sily. Ak zamestnávateľ poskytuje finančný príspevok na dovolenku, v tomto prípade ide o peňažný príjem, ktorý je zdaniteľným príjmom a je potrebné ho zdaňiť.

Ak však zamestnávateľ prenájme chatu, športovisko a tieto poskytne zamestnancom na rekreáciu a regeneráciu pracovnej sily, pritom nájomné hradí zo sociálneho fondu, ide o nepeňažný príjem, ktorý v súlade s § 5 ods. 7 písm. d) zákona o dani z príjmu je od dane oslobodený. Týka sa to zamestnanca, jeho manželky/manžela a vyživovaných detí. V prípade, že rodinnej rekreácie sa zúčastňujú aj iní rodinní príslušníci, takýto nepeňažný príjem je zdaniteľným príjmom zamestnanca.

- > zdravotnú starostlivosť. Príspevky na plnenie povinnosti zamestnávateľa v oblasti starostlivosti o bezpečnosť a ochranu zdravia pri práci poskytované vo forme rekondičných pobytov, rehabilitačných pobytov, kondičnej rehabilitácie a preventívnej zdravotnej starostlivosti za podmienok ustanovených osobitnými predpismi napr. zákona č. 124/2006 Z.z. o bezpečnosti a ochrane zdravia pri práci tieto sú od dane oslobodené. Ak zamestnávateľ dobrovoľne uhrádza zdravotnú starostlivosť zamestnancov nad rámec zákonných povinností, je takýto príjem zdaniteľným príjmom zamestnancov.

- > sociálnu výpomoc a pôžičky. Príspevok môže zamestnávateľ poskytnúť v peňažnej i nepeňažnej forme pri rôznych zložitých životných situáciách zamestnanca. Príspevok na sociálnu výpomoc je zdaniteľným príjmom, okrem príspevkov na účely vymedzené § 5 ods.7 písm. i zákona o dani z príjmov, ktoré sú od dane oslobodené:

- úmrtie blízkej osoby
- odstraňovanie, alebo zmiernenie následkov živelných udalostí
- dočasnej práceneschopnosti zamestnanca, ktorej nepretržité trvanie prekročí prevažnú časť zdaňovacieho obdobia (183 dní)

Výška príspevku od dane oslobodená môže byť maximálne v úhrnnej výške 2 000 Euro za zdaňovacie obdobie. Ak bol príspevok poskytnutý v sume presahujúcej túto výšku, suma presahujúca hranicu 2 000 Euro je zdaniteľným príjmom zamestnanca.

- > doplnkové dôchodkové sporenie, okrem príspevku, ktorý je povinný platiť zamestnávateľ. Z prostriedkov sociálneho fondu je možné hradit len príspevky nad rámec povinných príspevkov zamestnávateľa. Príspevok zamestnávateľa na doplnkové dôchodkové poistenie zo sociálneho fondu je vždy zdaniteľným príjmom zamestnanca a podlieha zdaneniu. Tento príspevok sa však nezahŕňa do vymeriavacieho základu pre platenie poistného na sociálne poistenie.

- > ďalšiu realizáciu sociálnej politiky v oblasti starostlivosti o zamestnancov. Môže tu ísť o príspevok na predškolské zariadenie, na vianočné balíčky a pod. V prípade, ak by predškolské zariadenie bolo majetkom spoločnosti, alebo si ho prenajal pre deti svojich zamestnancov, tento príspevok sa nezahŕňa do zdaniteľného základu.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš
účtovník

Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: jan.beles@roedl.com

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znáozňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum Mandantenbrief, Ausgabe Juni 2018
Mandantný list, vydanie jún 2018

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava

Lazaretská 8, 811 08 Bratislava

Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.com

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.com

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivaško@roedl.com

Layout/Satz:

Miriama Zendeková – miriama.zendekova@roedl.com

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitateľ urobí na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozmnožovanie, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.